

SPD fordert erneut Rücknahme der Windräder-Klage

Mengerskirchen. Nach der Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes (VGH) Kassel zugunsten der Planung von Windkraftanlagen auf dem „Knoten“ (diese Zeitung berichtete) sieht sich die SPD-Fraktion im Gemeindeparlament in ihrer Auffassung bestärkt, dass die Gemeinde die noch laufende Klage gegen das Vorhaben umgehend zurückziehen sollte. Einen entsprechenden Antrag der SPD hatte das Parlament mit den Stimmen von CDU und FWG vor einer Woche abgelehnt. Wenige Tage später folgte der Kasseler Richterspruch, wonach die Gemeinde Mengerskirchen von der Planung von Windrädern am Knoten gar nicht berührt sei.

„Wir sind wenig überrascht über den Beschluss aus Kassel. Das Gericht hat die Punkte aufgegriffen, welche wir bereits seit längerem hervorgehoben haben und mit denen wir auch unsere Ablehnung der Klage der Gemeinde begründet haben“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Tobias Eckert. Die Begründung des Beschlusses zeige einmal mehr sehr deutlich auf, dass CDU/FWG und Bürgermeister Scholz mit ihrer Klage „auf dem Holzweg“ seien, so Eckert. Der Beschluss aus Kassel und die Ergebnisse der Bürgerbefragung sollten mehr als nur zu denken geben. Daher appelliere die SPD an die Mehrheitsfraktionen CDU und FWG sowie Bürgermeister Scholz, dem Votum der Bürgerbefragung und dem Verwaltungsgerichtshof zu folgen und die Klage von Mengerskirchen gegen die Windräder am Knoten zurückzunehmen. Steuergelder weiter darauf zu verwenden, wäre Verschwendung und sachlich nicht gerechtfertigt, so Eckert.

Die Begründung der Klage gegen den Abweichungsbeschluss vom

Regionalen Raumordnungsplan, der den Bau von vier Windrädern auf den Gemarkungen Greifenstein und Driedorf gestattet, sei spätestens seit der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wenig glaubhaft. Das Parlament, so Eckert, habe einstimmig beschlossen, das Gebiet Waldmark in Waldernbach für Windkraft zu vermarkten. Hierzu werde die Gemeinde Mengerskirchen ebenfalls einen Abweichungsantrag vom Raumordnungsplan stellen müssen, während der Marktflecken gegen den Bau von Windrädern in Greifenstein und Driedorf wegen grundsätzlicher Bedenken geklagt hat. Eckert: „Das macht keinen Sinn!“

Die Entscheidung in Kassel fiel allerdings zunächst nur in einem Eilverfahren gegen den vom Regierungspräsidium Gießen angeordneten Sofortvollzug, der das Genehmigungsverfahren für die Windräder beschleunigen sollte. Dieser Sofortvollzug ist ab sofort in Kraft, so dass das ruhende Genehmigungsverfahren nunmehr wieder aufgenommen wird, so die Sprecherin des Regierungspräsidiums Gabriele Fischer auf Anfrage der NNP. Sobald der Investor grünes Licht vom RP Gießen erhält, könnte er mit dem Bau der Windräder loslegen.

Ein Risiko gäbe es dabei allerdings noch: Der VGH Kassel hat im eigentlichen Hauptverfahren noch nicht geurteilt, auch Entscheidungen in der Eilsache häufig bereits als Vorentscheidungen gelten. Ob mit einer Baugenehmigung für die Windräder noch in diesem Jahr zu rechnen ist, konnte die Sprecherin gestern nicht bestätigen. Nach dem derzeitigen Sachstand und vorbehaltlich einem Urteil im Hauptverfahren sei „Mengerskirchen aus der Planung jedoch raus“, sagte Gabriele Fischer.